

Haushaltsrede

**anlässlich der Beratungen des Haushaltes 2009
der Stadt Wiesloch**

Gehalten am 6. Dezember 2008

Susanne Merkel-Grau

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist natürlich Zufall, dass die Beratungen zum Haushalt 2009 heute, am 6. Dezember, dem Nikolaustag stattfinden. Aber vielleicht hatten Sie ja auch gehofft, Herr Schaidhammer, dass der Nikolaus über Nacht noch unser Geldsäckchen etwas auffüllen würde. Leider ist er vorbeigezogen und wir haben nun die Aufgabe, die Gaben, die im Säckchen sind zu verteilen.

Ihnen Herr Bühler und Ihren Mitarbeitern danken wir für die Aufbereitung dieses immensen Zahlenwerks und für die im Großen und Ganzen übersichtliche Darstellung unserer finanziellen Verhältnisse.

Wenn wir zuerst einmal den **Ergebnishaushalt** für das Jahr 2009 betrachten, haben wir zumindest eines erreicht. Es kann ein kleiner Überschuss von knapp 130.000, -- Euro ausgewiesen werden. Wir haben unseren Grundsatz, nicht mehr auszugeben, als wir einnehmen, damit einhalten können. Für 2009 haben wir einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt. Aber: Für die Folgejahre sieht das schon wieder ganz anders aus, ab dem Jahr 2010 rechnen Sie, Herr Bühler, schon wieder mit ordentlichen Fehlbeträgen, im Jahr 2010 mit mehr als einer Mio. Euro, in den darauffolgenden Jahren immerhin noch mit jeweils knappen 400.000,-- Euro.

Größere Sorgen bereitet uns jedoch der **Finanzhaushalt**. Dort fehlen runde 10 Mio. Euro an liquiden Mitteln im Vergleich zu 2008. Die Schaukelwirkung der Umlagezahlung trifft uns hier mit 5 Mio. Euro, die wir aufgrund der vermehrten Steuereinnahmen aus dem Jahr 2007 nun im Jahr 2009 leisten müssen. Dazu kommen noch die um 5 Mio. Euro niedrigeren Einzahlungen aus den FAG-Zuweisungen. Immerhin konnten wir zum Jahresende 2007 aus den unvorhergesehenen 10 Mio. Euro Mehreinnahmen knapp 5 Mio. Euro an Schulden tilgen, die anderen 5 Mio. stehen uns im nächsten Jahr für diese Umlagezahlung zur Verfügung.

Die **Einnahmenseite** sieht mit 52 Mio. Euro an ordentlichen Erträgen, verglichen mit den Vorjahren, so schlecht nicht aus. Allerdings steht eines fest. Ich zitiere Sie, Herr Schaidhammer in Ihrer Haushaltsrede: „es gab noch nie ein Jahr, in dem die Unsicherheit hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage größer war als heute.“ Und Sie, Herr Bühler sagten: „wir befinden uns derzeit überhaupt in einer sehr schwierigen Zeit, weil wir nicht wissen, was auf uns im nächsten Jahr zukommt.“ Sie bezeichnen die prognostizierten **16 Mio. Euro Gewerbesteuererinnahmen** selbst als optimistische Planung. Ob dieser

Planansatz der Realität entspricht, wissen wir alle nicht. Es ist ungewiss, wie sich die Finanzmarktkrise auswirken wird. Ich möchte behaupten, dass niemand von uns die Ausmaße überschauen kann. Aber Wirtschaftsexperten und Politiker lassen nicht im Geringsten einen Zweifel daran, dass gravierende wirtschaftliche und finanzielle Auswirkungen in allen Bereichen und für fast alle Menschen spürbar werden. Tatsache ist, die Wirtschafts- und Finanzsituation ist unsicherer als in den zurückliegenden Jahren, Firmen korrigieren ihre prognostizierten Gewinne massiv nach unten, kündigen Sparmaßnahmen in allen Bereichen an und planen zudem, Arbeitsplätze abzubauen.

Es ist keine Schwarzmalerei und keine pessimistische Grundeinstellung, aber evtl. erweisen sich bis Mitte des Jahres 2009 die prognostizierten Gewerbesteuereinnahmen als zu hoch angesetzt. Uns eröffnen sich dann riesige Löcher, und unser Haushaltsplan ist Makulatur. Noch härter würden uns Steuererstattungen zum Jahresende 2009 treffen, dann haben wir kaum noch Möglichkeiten, begonnene Maßnahmen zu stoppen. Das wenige Geld, das wir zur Verfügung hatten, wäre ausgegeben und wir müssten die Steuererstattungen über Darlehen finanzieren. Unser Schuldenberg würde wieder anwachsen.

Auch wenn wir noch nicht die konkreten Auswirkungen für die nächsten Jahre kennen, müssen wir uns darauf einstellen, dass **wir mit sinkenden Gewerbesteuereinnahmen rechnen müssen**. Selbst wenn sich die Wirtschaftslage verbessern sollte und wir Anzeichen eines konjunkturellen Aufschwungs irgendwann einmal wieder erkennen könnten, heißt das nicht automatisch, dass sich die Stadtkasse mit Gewerbesteuereinnahmen füllen wird. Zunehmend verschieben Firmen ihre Gewinne, sind Global Player in einer Welt und einem Finanzsystem, welches professionell zwar Firmenwerte und Aktienkurse steigert, aber Verluste dort realisiert, wo Steuerzahlungen zu leisten wären. Dies können wir zwar beklagen, viel wichtiger ist es aber, sich mit den Konsequenzen rechtzeitig auseinanderzusetzen. Wir sind also weiterhin gezwungen, **extrem sparsam zu haushalten**. Dazu brauchen wir keine Selbstverpflichtung in der Hauptsatzung zu verankern. Grundsätzlich ist es unsere Pflicht als Gemeinderäte, verantwortungsvoll mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln umzugehen. Und das tun wir.

Mit Sorge sehen wir den riesigen **Schuldenberg** von fast 27 Mio. Euro für den Kernhaushalt zuzügl. der Zahlungsverpflichtungen der Stadtwerke, der Palatin GmbH und des Abwasserverbandes. Vom Schattenhaushalt der Äußeren Helde spreche ich gar nicht erst. Alles in allem haben wir 71 Mio. Euro Schulden. Damit sind wir an der Spitze, nicht nur im Rhein-Neckar-Kreis.

Richtig ist, dass wir schon seit Jahren die **Ausgaben im Verwaltungsbereich** auf einen harten Prüfstand stellen. Wir können uns bei sinkenden Einnahmen oder wirtschaftlich unsicheren Zeiten einfach keine stetige Kostensteigerung in der Verwaltung leisten. Dies hat sicherlich auch schwierige Situationen herbeigeführt, ich denke dabei an den Personalabbau, aber es hat hoffentlich auch zu einem Umdenken geführt und neue kreative Ideen und Möglichkeiten eröffnet. Mit der **Verminderung der Verwaltungsspitze** auf den Oberbürgermeister und die Bürgermeisterin haben wir auch in der Führungsetage das vollzogen, was in den Fachbereichen stattgefunden hat. Von der Neuordnung von Zuständigkeiten, von Aufgaben und von der Neustrukturierung von Arbeitsprozessen erhoffen wir uns positive Aspekte der Kostenentwicklung. Wenn aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen im Personalbereich Mehrkosten anfallen, müssen wir eine Möglichkeit finden, sie dort an anderer Stelle wieder zu reduzieren. Im Moment haben wir eher den Eindruck, dass die Kosteneinsparungen des Personalabbaus von den Mehrkosten der Beförderungen und Höhergruppierungen einzelner Mitarbeiter wieder neutralisiert werden. Auch wenn die Personalkostenentwicklung sich im Vergleich zu anderen Städten noch im Rahmen hält, müssen wir sehen, dass sie im kommenden Jahr um 400.000,-- Euro steigt. Wir nehmen Sie beim Wort Herr Schaidhammer in den Ausführungen Ihrer Haushaltrede heißt es: „Im personellen Bereich bleibt es bei der restriktiven Politik“

Auch in der interkommunalen Zusammenarbeit liegt sicherlich noch deutlich mehr Einsparpotential, in diesem Bereich muss die Verwaltung weiterhin intensiv nach Kooperationspartnern suchen, auch in den kleineren Gemeinden, die ähnliche Probleme und ebenfalls zu wenig Geld in der Kasse haben. Dort ist der Druck, neue Lösungen zu finden höher, als in einer Stadt, die sich fast alles leisten kann.

Investitionen

Gravierend sind die Zahlen im Bereich der **Investitionen**. Dort haben wir nach jetzigem Stand und nach Abzug aller Transferaufwendungen, vor allem auch der Zahlungen an den Kreis, das Land und den Bund **3 Mio. Euro** zur Verfügung, schieben aber ein Investitionsvolumen von weit über 40 Mio. Euro vor uns her.

Unsere Fraktion hat die feste Absicht, mit dieser Investitionssumme auszukommen und für 2009 keine neuen Schulden aufzunehmen.

In den Vorberatungen des Haushaltes und der Investitionslisten hätten wir uns gewünscht und es als sinnvoll erachtet, dass die Verwaltung uns

einen Entwurf vorlegt, der primär keine Neuverschuldung vorsieht. Solche Streichkonzerte von Investitionslisten werden wir in Zukunft nicht mehr mitmachen. Dort sind viele kleine Investitionen der Streichlaune einiger Gemeinderäte zum Opfer gefallen. Vor allem die Investitionen für die Ausstattung der Schulen sind dabei besonders misslich. Man verkennt völlig die Wichtigkeit dieser Bildungsorte, an denen sich inzwischen viele Schüler länger am Tag aufhalten als zuhause. Sehr froh bin ich darüber, dass wir eines der großen Schulprojekte bereits geschafft haben, den Neubau der Mensa am Ottheinrich-Gymnasium. Dies war seit Jahren eine Forderung unserer Fraktion und war nun mit Einführung des achtjährigen Gymnasiums eine der dringendsten Investitionen.

Die **Prioritäten für die Investitionen** im nächsten Jahr haben wir für uns klar definiert. Den Schwerpunkt legen wir nach wie vor auf **notwendige Sanierungen oder baulich erforderliche Veränderungen und Verbesserungen im Bereich von Schulen und Sportstätten**. Viele Einrichtungen sind hier einfach in die Jahre gekommen, gravierende Schäden und auftretende Mängel nehmen zu, die Aspekte von Wärmedämmung und energetischer Sanierung bei den Gebäuden erfordern einen hohen Sanierungsaufwand, der aber die Folgekosten für Energie drastisch senken wird. Als größtes Projekt steht die Sanierung oder ein Neubau der Berta-Benz-Realschule an. Bereits im Juni dieses Jahres haben wir einen Antrag gestellt, einen Grundsatzbeschluss über **Sanierung oder Neubau der Realschule** zu fassen. Wir haben die Verwaltung aufgefordert, für unterschiedliche Lösungen die Kosten zu ermitteln, die Grundlagen und Voraussetzung zu schaffen, hier solide Entscheidungen treffen zu können. Bis heute ist es der Verwaltung, für uns nicht, nachvollziehbar, nicht gelungen, die Schulbaukommission des Landes hierher zu beordern. Von deren Entscheidung hängt unser weiteres Vorgehen ab. Für das kommende Jahr sieht der Haushalt Planungskosten für die Realschule in Höhe von 150.000 Euro vor. Wir hoffen, dass es dann zu einer soliden und umsetzbaren Lösung kommen wird. Insgesamt sind als Investitionen im Bereich der Schulen in den kommenden Jahren ca. 15 Mio. Euro notwendig. Die Generalsanierung der Grundschule einschließlich der Turnhalle in Frauenweiler, die Sanierung der Turnhalle in der Schillerschule, die Beendigung der Sanierung der Pestalozzischule in Baiertal, um nur die wichtigsten zu nennen – alles aufgeschoben! Wir werden mit großer Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren diese großen Projekte, die irgendwann keinen Aufschub mehr dulden, nur mit Darlehensaufnahmen finanzieren können. **Umso wichtiger ist es unserer Fraktion, in diesem Haushalt ohne Neuverschuldung auszukommen.**

Aufgrund unserer finanziellen Situation ist es unmöglich, alle Sportstätten in ihrer Quantität und ihrer Qualität immer dem geforderten Bedarf anzupassen.

Wir sind bemüht, den Ablauf des Sportbetriebes einigermaßen reibungslos zu ermöglichen und gravierende Mängel kurzfristig zu beheben. Sport- und Freizeiteinrichtungen, die entweder direkt eine Gefahr für die Gesundheit der Sporttreibenden darstellen oder die hygienischen Anforderungen nicht mehr erfüllen, können so nicht bestehen bleiben. Diese Meinung haben wir schon bei der Grundsatzentscheidung zur Sanierung des Freibades vertreten. Inzwischen ist das Wieslocher Freibad eines der schönsten und attraktivsten Familienbäder der Region und wird von vielen Menschen aus Wiesloch und den Umlandgemeinden mit Begeisterung angenommen. Kritisch müssen wir die enorme Baukostensteigerung um 25 % betrachten und bei allen zukünftigen Investitionen zu einer realistischen Kostenschätzung gelangen.

Wir halten es für dringend notwendig, den Hartplatz am Dämmelwald in einen Kunstrasenplatz umzuwandeln. Deshalb stellen wir den Antrag, 400.000,-- Euro im Haushalt 2009 dafür bereitzustellen. Wir werden diesen Antrag später bei den Einzelberatungen näher erläutern.

Um die Kosten für diese Sportplatzsanierung decken zu können, stimmen wir der **Baukostenumlage für den Bahnhof Wiesloch/Walldorf** an den Zweckverband für das Jahr 2009 nicht zu. Dies haben wir schon in den vorangegangenen Sondersitzungen klar und deutlich gemacht. **Im kommenden Jahr 500.000,-- Euro für die Planungen eines Parkhauses am Bahnhof bereitzustellen, in den Folgejahren nochmals insgesamt knapp 3 Mio. reine Baukosten, halten wir für eine totale Fehlentscheidung.**

Die Absicht am Bahnhof ein Parkhaus zu errichten, welches an reinen Baukosten ca. 6,5 Mio. Euro verschlingt, halten wir, abgesehen von unserer finanziellen Situation, im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Bahnhofskonzept, schlichtweg für falsch. Mit der Sanierung des alten Bahnhofsgebäudes wurde das ursprünglich angedachte Konzept eines „Bahnhofes über den Gleisen“, gegen unseren Willen, aufgegeben. Es kam bis jetzt nicht, wie ursprünglich gehofft, zu einer Vermarktung der angrenzenden Gewerbeflächen, die die Konzentration des Parkraumes auf kleinerer Fläche notwendig gemacht hätte. Wir forderten daher, die Planungen zum Bahnhof neu zu überdenken und ein angepasstes Konzept zu erstellen. Dies ist nicht geschehen. Trotz Parkraumbewirtschaftung wird ein Parkhaus nicht kostendeckend zu betreiben sein und uns Jahr für Jahr immense Kosten

bescheren. Die **Anbindung des Steges an die Brücke und die Einrichtung der Omnibusbuchten ist u.E. auch ohne Parkhaus möglich.** Den Bau eines Parkhauses mit großen und überschwänglichen Worten als „neue Mitte und Investitionsprojekt der Zukunft“ zu bezeichnen, hat eher einen schalen Geschmack und Züge einer Provinzposse. Uns und viele Bürgerinnen und Bürger beeindruckt das nicht.

Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklung, vor allem im **Zentrum**, hat in den letzten Jahren eher eine enttäuschende Entwicklung genommen. Am **Adenauerplatz** hätte man im Zuge der Neugestaltung die Chance gehabt, Teile der Schloßstraße für den Autoverkehr zu sperren und in den Fußgängerbereich zu integrieren. Damit wäre eine **attraktive Anbindung des Adenauerplatzes an die Innenstadt** erfolgt. So ist nach wie vor dieser innerstädtische Platz abgeschnitten. Ebenfalls muss einer der schönsten Innenstadtplätze, der **Freihofplatz**, ein trauriges Parkplatzdasein führen. Den behutsamen Umgang mit Neubauten und Sanierungen im Altstadtbereich werden wir nach wie vor vehement einfordern. Stadtmauer, Sauermilchhaffe und Dörndl, ebenso der Blick auf die **historische Altstadt** sind schützenswerte Ensembles und Dokumente mittelalterlichen Baustils. Dort kann es nicht sein, dass wir diese von Bauprojekten erschlagen lassen, die hauptsächlich profitorientiert sind. Wir tragen dabei eine erhebliche Verantwortung. Genauso tragen wir diese bei der Entwicklung der neuen Baugebiete, sie in großem Stil den Bauträgern zu überlassen, halte ich für eine fatale Entwicklung.

In diesen Bereichen hätte ich mir von der Verwaltung mehr Kreativität, Mut aber auch Durchsetzungsvermögen erhofft.

Das Gebiet Güterstraße/Bahnhofstraße und rund um den alten Bahnhof wird hoffentlich, unter Einbeziehung von Teilen des EnBW Geländes, ein innerstädtisches Projekt der nahen Zukunft sein. Dort erwarten wir eine angemessene und gut verträgliche Bebauung und eine zentrumsnahe Versorgung der Bevölkerung, die das Sortiment der bestehenden Geschäfte in der Innenstadt erweitert und komplettiert.

Äußere Helde

Zum Baugebiet „Äußere Helde“ gibt es wenig, was von uns dazu noch nicht gesagt wurde. Doch eines möchte ich nicht unerwähnt lassen. Dort werden z.Zt. in einem **Enteignungsverfahren** die nicht verkaufswilligen Grundstückseigentümer von ihren Besitztümern befreit. Und langsam werden auch einige Gemeinderäte, die dem Instrument der

städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme bereitwillig zugestimmt hatten, von einem Unbehagen befallen, weil sie dem sensiblen und verhandlungsbereiten Vorgehen der Wüstenrot zu großes Vertrauen geschenkt hatten und die finale Lösung der Enteignung für eher unwahrscheinlich hielten. Was waren sie froh, dass sie über die konkrete Einleitung des Enteignungsverfahrens nicht erneut die Hand heben mussten. Das viel größere Unbehagen steht aber noch aus, das kommt, wenn klar wird, welche Auswirkungen diese immensen Kosten über die vielen Jahre, auf den Baulandpreis haben, den sich nachher kaum noch einer leisten kann.

Verkehr

Zu einer attraktiven und nachhaltigen Stadtentwicklung gehört für uns zwingend die Lösung von Verkehrsproblemen und damit die **Weiterentwicklung des ÖPNV**. Die positive Entwicklung der Fahrgastzahlen in den Stadtbussen bestärkt uns, die Verkehrskonzepte zunehmend und unserer finanziellen Möglichkeiten entsprechend zu erweitern und neue Lösungen für alte Probleme zu finden. So ist es inzwischen gelungen, die Stadtbusse auf den S-Bahn-Verkehr zu takten, alle Stadtgebiete zu erschließen, zuletzt auch durch die Veränderungen der Streckenführungen und Taktungen der Regionalbusse. Die Umsteigemöglichkeiten an einem zentralen Umsteigepunkt ermöglichen schnelle Verbindungen von A nach B und ersparen größere Stadtrundfahrten. Die **Linienbündel-Ausschreibung** hat nicht nur eine deutliche Angebotsverbesserung zur Folge, sondern auch eine erhebliche Kostenreduzierung um ca. 70.000,-- Euro alleine für Wiesloch. Nach wie vor halten wir daran fest, unsere Vorstellungen zur **Straßenbahnverlängerung nach Wiesloch** mit einer anschließenden Ringverbindung nach Walldorf / Sandhausen / Heidelberg nicht aufzugeben. Von Anfang an haben wir die schlecht gerechneten Ergebnisse des beauftragten Planungsbüros kritisch hinterfragt und angezweifelt. Inzwischen sehen ja die Berechnungen und die Aussicht auf Zuschüsse bedeutend positiver aus, nicht nur aufgrund veränderter Bemessungsgrundlagen, sondern hauptsächlich deswegen, weil Herr OB Würzner aus Heidelberg in einer wohl kompetenteren Beratung die Erkenntnis gewonnen hat, dass unter einem anderen Betreiber (z.B. vergleichbar zur OEG) die Chance einer Realisierung deutlich konkreter und greifbarer wird. Wir behalten dieses Projekt im Auge.

Weder der Ausbau von Straßen, noch der Bau von Umgehungsstraßen würde die innerstädtische Verkehrssituation nachhaltig verändern oder gar entlasten. Umso mehr müssen alternative Denkansätze - weg vom Individualverkehr - realisiert und im Bewusstsein der Bevölkerung verankert werden.

Wichtige Impulse zu einer langfristigen Verkehrsentslastung hat auch das Projekt **Move: „Mobilität bewahren, Verkehr sparen“** angestoßen. Dieses Projekt jetzt zwecks mangelnder finanzieller Unterstützung absterben zu lassen, halten wir für falsch. Gute und nachhaltige Ansätze zur Bewältigung der Verkehrsproblematik würden zunichte gemacht werden. Wir beantragen, dieses Projekt fortzuführen und im Jahr 2009 mit 30.000,-- Euro zu bezuschussen. Wir werden diesen Antrag ebenfalls bei den Einzelberatungen näher erläutern.

Kinder, Jugend und Familien

Einer unserer Schwerpunkte seit Jahren ist die **Verbesserung und bedarfsgerechte Anpassung von Bildung und Betreuung an die sich verändernden Familienstrukturen und Bedürfnisse**. Und daran werden wir auch weiter festhalten. Die Angebote im Krippen- und Kindergartenbereich für Familien und Kinder von 0 bis 6 Jahren müssen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. In den letzten Jahren hat sich Einiges getan, von der Veränderung der Betreuungszeiten und der Schließzeiten in den Kindergärten bis hin zur Kernzeitbetreuung in den Schulen. Und es kam genauso, wie zumindest wir es erwartet hatten. War ein Angebot eingerichtet, war in kürzester Zeit der Bedarf vorhanden. Die Eltern konnten verlässlich ihre Vorstellungen vom Wiedereinstieg in den Beruf realisieren und fanden bedarfsgerechte Angebote vor. Die Nachfrage nach **Krippenplätzen**, vor allem ab dem 1. Lebensjahr steigt deutlich an und muss weiterhin bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dort werden die Kommunen ab 2009 endlich von Bund und Land finanziell unterstützt. Bei den Krippenplätzen brauchen wir in Zukunft dringend **Angebote für Kinder mit Behinderungen**. Familien mit behinderten Kindern sind in hohem Maße belastet. In der Regel sind es die Mütter, die den durchaus erhöhten Pflege- und Betreuungsaufwand, ganz abgesehen von Arzt- und Therapieterminen, leisten. Überdurchschnittlich hoch ist die Anzahl der alleinerziehenden Mütter mit einem behinderten Kind, viele Ehen zerbrechen an der enormen Belastung. In diesem Fall sind die Mütter auf einen Krippenplatz angewiesen, um einer Berufstätigkeit nachgehen zu können. Eine Herausforderung wird zudem sein, wie wir zukünftig das Angebot von Betreuungseinrichtungen auch sozial schwachen Familien zugänglich machen können, dort sollten wir in allen Einrichtungen Sozialstaffelungen entwickeln.

Besonderen Wert legen wir auf die **Umsetzung des Orientierungsplanes** in allen Kindergärten, und erwarten eine Transparenz in den Kindergarten-Profilen und Konzeptionen. Der **Erziehungs- und Bildungsauftrag** muss konkretisiert und thematisiert werden. **Ganzheitliche und entwicklungsangemessene Begleitung**

und Bildungsangebote sind uns ebenso wichtig wie die **Unterstützung der Eltern** in Erziehungsfragen. Die Kooperationen zwischen Kindergärten und Schulen sind eingerichtet und müssen ständig weiterentwickelt werden.

Sowohl in den Kindergärten als auch in den Schulen müssen Schwerpunkte der pädagogischen Arbeit verstärkt auf **Integration und Sprachförderung** gelegt werden. Die **Kernzeitbetreuung in den Grundschulen** muss dem tatsächlichen Bedarf angepasst und ggf. erweitert werden. Dort dürfen angebliche Raumprobleme kein Hinderungsgrund sein. Wir fordern die Verwaltung auf, an der betref. Grundschule eine Lösung zu suchen. Das **Kinder- und Jugendbüro der Stadt Wiesloch**, sowie das **Jugendzentrum**, welches seit diesem Jahr durch den internationalen Bund getragen und neu strukturiert wird, sind wertvolle Einrichtungen für die jungen Leute in unserer Stadt. Sie sind unverzichtbar für unsere Bemühungen, verschiedene Jugendgruppen zu integrieren, Angebote zur Freizeitgestaltung zu machen, präventiv zu arbeiten, aber auch Hilfestellung anzubieten, in schwierigen familiären Situationen, sowie bei Gewalt und Suchtmittelkonsum. **Der Jugendgemeinderat** muss in Themen und Projekte, die Jugendliche betreffen, konstruktiv und frühzeitig miteingebunden werden, z. B. wenn es um Bolzplätze oder Freizeiteinrichtungen geht. Junge Menschen müssen erleben können, dass ihre Interessen wahrgenommen werden und dass sie Teil dieser Gesellschaft sind. Wir interessieren uns für Ihre Probleme und suchen gemeinsam mit ihnen nach Lösungen.

Ihrer Haushaltsrede Herr Schaidhammer entnehme ich, dass auch Ihnen die Entwicklung, Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen, sowie die Unterstützung der Familien ein wichtiges Anliegen ist.

Abschließend möchte ich nochmals die Worte von Aristoteles aufnehmen, mit denen Sie, Herr Bühler ihre Haushaltsrede beendet haben.

„Wir können den Wind nicht ändern, aber wir können die Segel richtig setzen“

Ich füge hinzu: Jedes Gewässer birgt Risiken, aber auch die Möglichkeit, Neues zu entdecken, wichtig ist es, den Anker zum richtigen Zeitpunkt an der richtigen Stelle zu werfen.

Um Vorwärts zu segeln, muss die Crew an einem Strang ziehen und der Skipper hat alle Entscheidungsgewalt. Sie sehen schon, das Segeln ist nichts für den Gemeinderat.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.